

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 17. Juni 2013

Verfasserin: Eva Gutmann

4979a Genehmigung Geschäftsbericht und Jahresrechnung Gebäudeversicherung – Stefanie Huber

Alle haben ausführlich zum Geschäftsbericht der Gebäudeversicherungsanstalt geredet, alle waren zufrieden. Die Umsetzung der feuerpolizeilichen Vorschriften, für welche die GVA und die Gemeinden gemeinsam zuständig sind, gibt immer wieder Anlass zu Diskussionen. Dazu wurde auf verbesserte Schulungen verwiesen. Ein Strategieprozess wurde erfolgreich durchgeführt und die von der glp im letzten Jahr geforderte Optimierung beim zentralen Inkasso wurden in diesem Jahr umgesetzt, die Prozesse wurden vereinfacht und die Verrechnungsansätze werden transparenter berechnet. Das Konzept Feuerwehr 2020 wird begrüsst, da damit durch eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Feuerwehren Kosten vermieden werden könnten. Der Geschäftsbericht wurde vom Kantonsrat einstimmig angenommen.

4935a Archivgesetz Patientinnen- und Patientengesetz – Cyril von Planta

Diese Revision hatte zum Ziel, die Archivierung von Daten zu modernisieren. In den beteiligten Kommissionen wurde in der Abwägung der Interessen der Forschung (die Daten braucht) und des Persönlichkeitsschutzes, insbesondere im Bereich sensibler Daten, grosses Gewicht auf den Datenschutz gelegt, was die glp wie die anderen Parteien begrüsst. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

230a/2011 Transparenz in der Parteienfinanzierung – Jörg Mäder

Der Kommissionssprecher erklärte ausführlich, warum die gewünschte Transparenz so nicht hergestellt werden kann. Es ist bekannt, dass die Dotierung der Parteien mit Finanzen sehr unterschiedlich ist und es ist auch teilweise bekannt – wenn auch nicht offen deklariert – woher das Geld kommt. Die Mehrheit der Kommission und die Regierung waren der Meinung, dass die vorgeschlagene parlamentarische Initiative anstatt mehr Transparenz nur mehr Bürokratie bringen würde. Da die Parteien in der Schweiz als Vereine organisiert sind, stellte sich auch die Frage, ob denn alle anderen Vereine auch ihre Finanzen offen legen müssten. Jörg Mäder (glp) stellte sich in der Güterabwägung auf die Seite der Transparenz und stellte klar, dass Transparenz in der Parteienfinanzierung ein demokratisches Anliegen ist und mit einem Fischenstaat nichts zu tun hat. Wenn auch jede Partei ein Verein ist, ist doch umgekehrt nicht jeder Verein eine Partei. 1:1 lässt sich die gewünschte Transparenz nicht durchsetzen, aber das ist auch bei anderen Gesetzen der Fall. Die parlamentarische Initiative wurde entgegen unseren Stimmen abgelehnt.